

Switzerland first Kalkulierte Klischees

Die «Handelszeitung» und Economiesuisse haben im Artikel «Helvetischer Narzissmus» kürzlich ziemlich hohle Phrasen gedroschen. Schon der Titel zeigt, dass nicht nur die Konzernverantwortungsinitiative, sondern auch das Bild vom Narziss nicht verstanden wurde: Denn dieser hat sich selbst bekanntlich am liebsten und kümmert sich nicht um andere. Das Ziel der Initiative ist aber das exakte Gegenteil: Im Zentrum stehen die Bedürfnisse und Rechte anderer und die Frage, wie ihnen Rechnung getragen werden kann.

Die Hinweise auf eine «grassierende Schweiztümelei» und auf «America first» zeigen, wie ignorant unser wichtigster Wirtschaftsverband bezüglich des Kerngedankens des Initiativtextes ist. Seine Direktorin hält es demnach für «besorgniserregend», dass die Konzernverantwortungsinitiative den Vorrang des nationalen vor dem internationalen Recht postuliere. Dabei verhält es sich genau umgekehrt: Dieses Volksbegehren giesst international ausgehandelte Standards in Schweizer Recht und macht sie so für alle nationalen Akteure verbindlich. Besagte Standards wurden vom UNO-Menschenrechtsrat bereits 2011 einstimmig verabschiedet und umfassen a) die Pflicht der Staaten, die Menschenrechte zu schützen (auch gegenüber Bedrohungen durch Unternehmen), b) die Pflicht der Unternehmen, die Menschenrechte zu respektieren, und c) das Recht auf Wiedergutmachung im Falle von Menschenrechtsverletzungen durch wirtschaftliche Akteure.

Der Vorwurf des Rechtsimperialismus zielt ins Leere

Mit der Initiative wird folglich nicht Schweizer Recht auf ausländische Firmen angewendet, wie Economiesuisse-Chefin Monika Rühl suggeriert. Vielmehr geht es um die Festlegung von menschen- und umweltrechtlichen Minimalstandards, die international anerkannt



Monika Roth
Co-Präsidentin
Konzernverantwortungs-
initiative

«Die Frage, wie der ökonomische Erfolg von Schweizer Konzernen zustande kommt, ist nicht sekundär.»

sind, für die Auslandsgeschäfte von Schweizer Firmen. So wie dies in anderen Bereichen, etwa der Korruptionsbekämpfung, längst gesetzlich geregelt ist.

Überdies finden sich in vielen «Codes of Conduct» von Schweizer Firmen ja seit Jahren schon Formulierungen à la «Wir halten uns jederzeit an die geltenden Gesetze in der Schweiz und in den anderen Ländern, in denen wir tätig sind. Wir unternehmen im Ausland keine aktiven Schritte, um die allenfalls strengere schweizerische Gesetzgebung zu unterlaufen». Würde man solchen Bekenntnissen glauben, käme heute schon das Schweizer Recht als Standard zur Geltung – selbst dann aber noch nicht rechtsverbindlich.

Schweiz steht als Drehscheibe im Rohstoffhandel in der Pflicht

Ein weiteres Ziel der Initiative ist übrigens ganz allgemein die Stärkung der Zivilgesellschaft in Staaten, wo Demokratie, Freiheit und Menschenrechte häufig systematisch missachtet werden. Und zwar durch die explizite Erwartung an Unternehmen, dass sie diese gesellschaftspolitischen Aspekte bei ihren Auslandsgeschäften stärker berücksichtigen und aktiv einfordern. Das alles müsste Frau Rühl als frühere Seco-Botschafterin und heutige Wirtschaftslobbyistin nicht nur wissen, sondern eigentlich auch unterstützen.

Die Schweiz steht hier in einer besonderen Pflicht, zum Beispiel als internationale Drehscheibe im Rohstoffhandel. Sie muss dafür sorgen, dass die Menschenrechte durch Schweizer Konzerne auch in jenen Förderländern respektiert werden, die durch massive ökonomische Ungleichheit sowie die Absenz oder Schwäche staatlicher Behörden geprägt sind. Die Frage, wie der ökonomische Erfolg von Schweizer Konzernen zustande kommt, ist nicht sekundär. Deshalb braucht es verbindliche Massnahmen, wie sie die Konzernverantwortungsinitiative fordert.

MEHRWERT (9)

Immer mehr für immer weniger

JASMINE JOST

Es liegt sicher nicht nur an der Digitalisierung und der damit verbundenen grossen Erwartung, dass man alles immer effizienter erledigen kann. Es liegt nach meiner Einschätzung vielmehr an der mangelnden Wertschätzung, wenn Kundschaft und leider auch Arbeitgebende immer mehr Leistung für immer weniger Geld verlangen. Diese Entwicklung erlebe ich seit einigen Jahren als Inhaberin eines Unternehmens für Gebäudedienste. In unserer Branche sieht das im Alltag konkret so aus: Auftraggebende schreiben Aufträge immer öfters aus, in der Hoffnung, einen Anbieter zu finden, der noch mehr Räume in kürzerer Zeit reinigt, damit das Saubermachen unter dem Strich noch weniger kostet. Klar, Putzen kann ja jeder. Dieselbe Entwicklung spielt sich auch in anderen Branchen ab, zum Beispiel im Gastgewerbe. Richtig, Teller schleppen und Betten falten kann ja jeder.

Denken wir diese Gedanken mit gesundem Menschenverstand zu Ende, ist schnell klar: Diese Rechnung geht auf lange Sicht nicht auf, kann nicht aufgehen. Räume und Liegenschaften

«Fair bezahlte Mitarbeitende sind weniger krank.»

glänzen ganz sicher nicht mehr, wenn man sie in immer kürzerer Zeit reinigt. Und ein schlecht bezahltes Servicepersonal bedient die Gäste kaum so zuvorkommend wie eine vernünftig honorierte Fachkraft. Was das Arbeitsgesetz und die Sozialpartner zu solchen Entwicklungen meinen, ist bekannt. Und dass fair bezahlte und gut behandelte Mitarbeitende weniger krank und dafür motivierter sind, ist ebenfalls kein gut gehütetes Erfolgsgeheimnis, sondern schlicht simpel und in jeder Personalabteilung längst bekannt.

Gerade in einer Zeit, in der die Wirtschaft immer mehr nach Wissensarbeiterinnen und -arbeitern ruft, sollten wir denjenigen in unserer Gesellschaft Wertschätzung entgegenbringen, die uns die unangenehmen Dinge im Alltag abnehmen. Wertschätzung heisst für mich zuvorderst anständige Löhne, faire Arbeitsbedingungen und sinnvolle Weiterbildungen. Dazu gehört aber auch Aufmerksamkeit und ab und zu schlicht und einfach ein «Dankeschön». Kompliziert ist das nicht.

Jasmine Jost, Geschäftsführerin Purexa GmbH, Mitglied Verband Frauenunternehmen.

Immobilien Die Rückkehr der Blase

Durch die Finanzkrise von 2008/09 wurde eine Schwäche in der Struktur des globalen Finanzsystems sichtbar: ein Übernachmarkt für Hypothekensicherheiten, der das damalige Platzen der Immobilienblase in den USA nicht verkraften konnte. Neun Jahre später ist dieses Problem immer noch nicht gelöst. Dies ist eine schlechte Nachricht. Immerhin ist es normal, dass der Immobilienmarkt alle ein oder zwei Jahrzehnte überhitzt. Ist das System stabil genug, kann es abkühlen, ohne dass eine Katastrophe ausgelöst wird. Momentan allerdings ist der billionenschwere Übernachmarkt für Immobilienhypotheken derart gross, dass das Finanzsystem durch das Platzen einer Immobilienblase in Gefahr geraten könnte.

Die bisherigen Reformen lindern diese Gefahr kaum, da sie davon abhängen, ob die Behörden und Banken innerhalb von 48 Stunden nach der Insolvenz einer Bank einen komplexen und bislang unerprobten Rückzahlungsprozess durchführen. Brechen mehrere Banken gleichzeitig zusammen, wird dies extrem schwierig.

Im Fall einer Immobilienkrise ist es absehbar, dass die Kreditgeber erneut in Panik geraten und ihre Übernachtkredite abziehen, da sie sich nicht darauf verlassen, dass der unerprobte Prozess zur Stabilisierung der Banken funktioniert. Wie zuvor würden die Banken wieder aus Geldmangel ihre Kreditvergabe stoppen und damit eine erneute Rezession einleiten.

Dies ist keine Spekulation. Die meisten Beobachter glauben, dass das Wachstum beschleunigt wurde,



«Hypotheken-Papiere sind keine Staatsanleihen.»

Mark Roe
Harvard Law School

nachdem der US-Kongress im Jahr 2005 Hypothekensicherheiten von den meisten Insolvenzregelungen ausgenommen hatte – um damit die Wartezeit für deren Rückzahlung zu verringern. Diese Änderung veranlasste die Hypothekengläubiger zur Annahme, sie seien sicher. Sie mussten sich nicht einmal mehr Gedanken über die Bonität der Schuldner machen. Als die Krise dann zuschlug, brach dieses Vertrauen schnell zusammen und die Investoren ergriffen die Flucht.

Häuser gegen Wirbelstürme sicherer zu machen, hat ungeahnte Folgen

Es ist wie in den Hurrikan-Gebieten Floridas: Dort führen verschärfte Bauvorschriften dazu, dass die Gebäude einer Sturmflut besser standhalten können. Solche Massnahmen haben allerdings eine Erhöhung der Einwohnerzahl zur Folge. Bei einem Hurrikan geraten Bürger dann in Panik – besonders dann, wenn

sich herausstellt, dass die Gebäude doch nicht so stabil sind wie erwartet. Wenn dann eine höhere Anzahl von Einwohnern gleichzeitig die Flucht ergreift, wird der Fluchtweg schnell blockiert, was alle in Gefahr bringt.

Hypothekensicherheiten so zu behandeln, als seien sie US-Staatsanleihen, war bereits im Jahr 2008 ein Fehler und ist es auch heute noch. Eine Lösung wäre, dass die US-Behörden die Schutzmechanismen des Übernachgeldmarktes für US-Staatsanleihen stärken, der nicht durch Panik oder Blasenbildung gefährdet ist. Gleichzeitig muss ein Grossteil der gesetzlichen Vergünstigungen für die kurzfristige Übernachfinanzierung der Hypothekensicherheiten rückgängig gemacht werden.

Zu diesem Zweck hat Senator Jack Reed im letzten Dezember einen Gesetzesentwurf vorgeschlagen, der die Regulierungsbehörden dazu verpflichtet würde, den destabilisierenden Einfluss von Restrukturierungsregeln auf das Finanzsystem stärker zu überwachen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung.

DIALOG



HZ Nr. 11 16.3.2017

«Bivers neue Smartwatch» Es ist kein Geniestreich, traditionelle Uhrmachertechnik mit hoher Wertschöpfung mit einem Billig-Android zu kombinieren. Da geht es eher darum, den traditionellen Käufer teurer Uhren zu halten und dabei sehr viel zu verdienen. Wenn ich 15 000 plus 20 Dollar für die Android-Uhr ausbebe, will ich etwas Innovativeres. Wechselbare Armbänder (modular) gibt es auch bei der Apple

Watch. Und alle Hersteller wissen, dass der Nutzer die Varianten meist selten oder nicht wechselt. Ich hätte da ganz andere Ideen: mechanische Anzeige von digital erfassten Daten, Gewinnung von Energie durch Bewegung des Automatikwerkes, Koppelung von Daten von der «Uhr» mit dem Smartphone und viele mehr.

Erhart von Ammon



HZ Nr. 11 16.3.2017

«Interview mit Futurist Gerd Leonhard» «Betroffene Leute müssen umgeschult werden. Drastische Veränderungen in Bildung und Kreieren von neuen Berufen» via@Handelszeitung Beat Schlumpf @beatschlumpf

HZ Nr. 11 16.3.2017

«Was hat die Bologna-Reform gebracht?» @Handelszeitung Die Wirtschaft braucht die Hoch-

schulreform #Bologna nicht. Auch angestrebte Verkürzung der Studierendauer wurde nicht erreicht.

Francesca Romano @CessyRomano

HZ Nr. 11 16.3.2017

«Fünf Prinzipien der guten Führung» Die Bedeutung der gesunden #Führung – fünf Ideen für kluge #Manager in der #digitalen Arbeitswelt. via @Handelszeitung Marlis Schorcht @lombego_ms



HZ Nr. 11 16.3.2017

«Die Saudis warnen vor dem Energiecrash» Ich sehe es diametral. Jeden Tag, an dem wir mehr Öl verbrauchen, statt auf «grüne Energien» umzuschwenken, ist verlorene Zeit und wir zerstören den Planeten. Wir haben bereits hundert Jahre verloren, denn gute Elektroautos wurden schon vor hundert Jahren gebaut. Dass die Saudis dann weniger Geld verdienen, ist natürlich logisch, aber dann können

sie den wahhabitischen Terror auch nicht fördern.

Adrian Heid

Korrigendum

HZ Nr. 11 16.3.2017 In der Rubrik «Chefsessel» vom vergangenen Donnerstag hat sich ein Fehler eingeschlichen. Im Artikel heisst es: «Nach seinem Abgang aus dem Vontobel-Verwaltungsrat hat Herbert J. Scheidt neben dem Bankiervereinigungs-Mandat diverse Eisen im Feuer.» Richtig hätte es «Abgang aus dem Helvetia-Verwaltungsrat» heissen müssen. Die Redaktion

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:

E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch
Twitter: twitter.com/handelszeitung
Facebook: facebook.com/handelszeitung
Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel